

Ohne Tilgung von Schulden kein Ende der israelischen Besatzung

Der israelische
Wirtschaftswissenschaftler
Shir Hever arbeitet für das *Alternative Information Center in Jerusalem, Israel*, (www.alternativenews.org).
Aus dem Englischen von
Jannis Hagmann und Julia Gebert.



Internationale Hilfsgelder ohne nachhaltigen Erfolg

Im israelisch-palästinensischen Konflikt fließen hohe Geldsummen – vor allem von Europa nach Palästina. Doch können diese Zahlungen den israelischen Staat von seiner finanziellen Verantwortung gegenüber den Palästinensern befreien?

Die von Israel besetzten Gebiete im Westjordanland und im Gazastreifen sind auf humanitäre internationale Hilfe angewiesen. Dieser internationale Ausgleich für Israels Verantwortungslosigkeit ist jedoch kein Ausnahmezustand mehr. Israel verlässt sich seit Jahrzehnten auf jene Hilfsgelder, die die unter harschen wirtschaftlichen Bedingungen lebende Bevölkerung vor dem Hungertod bewahren und damit auch den internationalen Druck auf Israel verringern. Dabei gerät jedoch in Vergessenheit, dass die internationale Hilfe weder ein Substitut für die israelische Verantwortung gegenüber den Palästinensern darstellt noch die israelischen Schulden begleicht.

In den neunziger Jahren begannen europäische Länder sowohl eigenständig als auch im Rahmen der EU, hohe Summen

an die Palästinenser zu überweisen. Das Ziel: Aufbau einer ökonomischen Infrastruktur zur Stärkung eines zukünftigen palästinensischen Staates. Diese Geldtransfers, die meist über den Weg der Vereinten Nationen erfolgten, sollten die palästinensischen Gebiete ökonomisch so weit stärken, dass sich daraus ein lebensfähiger Staat entwickeln konnte. Das Ziel der Sponsoren war es, einen Beitrag zum Ende der seit 1967 existierenden Besatzung zu leisten und auf eine Zweistaaten-Lösung hinzuarbeiten. Der israelische Staat hat diese Zukunftsvision jedoch nie akzeptiert. Internationale Hilfsgelder flossen hauptsächlich in den Aufbau von Infrastruktur, Industrie und den Tourismussektor. Doch oft ohne nachhaltigen Erfolg: Die Bauprojekte litten an Restriktionen, Rohstoffe konnten nicht frei importiert werden und die Arbeiter wurden am

Foto:
Fotoworkshop Freedom Theatre:
Tanz auf der Mauer, Jenin 2008

Dieser Text wurde, mit freundlicher Genehmigung durch die Redaktion, der Ausgabe Nr. 5 der Zeitschrift *Diwan*, einem Projekt der Fachschaftsinitiative *IsTurArIrl* der FU Berlin, entnommen (<http://diwan-berlin.de>)



Eine Hungersnot nicht abschätzbaren Ausmaßes unter den Palästinensern würde folgen und eine ganze Generation von Palästinensern würde nachhaltige Schäden davon tragen, von denen sie sich vermutlich nie erholen würde. Zudem hätte dies sicherlich internationale Sanktionen und in Israel eine innenpolitische Krise zur Folge.

Zugang zu den Baustellen gehindert. Auch bombardierte das israelische Militär halb-fertige Gebäude und Bauprojekte. Der Aufbau der palästinensischen Wirtschaft durch internationale Hilfgelder scheiterte und die zweite Intifada im Jahr 2000 und die darauf folgende Krise brachten die Realität der israelischen Besatzung in all ihrer Härte zum Vorschein.

Humanitäre Hilfe statt wirtschaftlicher Entwicklung

Auf diese neue Situation reagierten die Geldgeber mit einer Neuausrichtung ihrer Strategie: Anstatt wie zuvor Entwicklung zu fördern, wurden Gelder nun zunehmend im Rahmen humanitärer Hilfsprojekte nach Palästina geschickt. So konnte durch die Versorgung der palästin-

schen Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Medizin eine humanitäre Katastrophe größeren Ausmaßes abgewendet werden. Israel schaute dem wohlwollend zu, konnte es diese Gelder doch besteuern und zusätzliche Einnahmen verbuchen, da humanitäre Organisationen ihre Produkte von israelischen Firmen bezogen.

Die Haltung der israelischen Regierung ist widersprüchlich: Einerseits verhindert sie aus Angst vor der Konkurrenz mit palästinensischen Unternehmen eine Entwicklung der Wirtschaft in den besetzten Gebieten, andererseits fürchtet sie aber das komplette Abrutschen des Lebensstandards der palästinensischen Bevölkerung, das weitere internationale Kritik am israelischen Besatzungsregime zur Folge hätte.

Europa könnte seine Zahlungen einstellen

Israel geht davon aus, dass der Fluss internationaler Hilfgelder auf absehbare Zeit nicht abreißen wird. Und tatsächlich sieht es so aus, als zögen es die europäischen Geber vor, weiterhin großzügig in die Tasche zu greifen anstatt ihr Schweigen zur israelischen Politik zu brechen. Es ist aber wichtig, sich vor Augen zu führen, dass Europa seine Hilfe für die Palästinenser durchaus einstellen kann, da diese auf völlig freiwilliger Basis geleistet wird. Im Gegensatz dazu ist der israelische Boykott gegen die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) völkerrechtswidrig. Gemäß dem Abkommen von Paris aus dem Jahr 1994 ist Israel dazu verpflichtet, Steuern und Zölle, die es für die PA einzieht, danach wieder an diese zurück zu überweisen. Zurzeit belaufen sich die erhobenen Abgaben auf etwa vierzig Millionen Euro pro Monat. Zudem verfügt Israel offiziell noch immer über die faktische Souveränität in den besetzten Gebieten und ist somit dafür verantwortlich, dort zivile Infrastruktur aufzubauen – eine weitere Aufgabe, die es in den letzten vierzig Jahren nicht wahrgenommen hat.

Die israelische Regierung scheint keinen langfristigen Plan für eine Verbesserung der Situation in Israel/Palästina zu verfolgen. Stattdessen versucht sie, auf Zeit zu spielen und weigert sich, Zugeständnisse zu machen, um auf der internationalen Bühne nicht an Legitimität einzubüßen.

Vermeehrt sind mittlerweile jedoch Stimmen zu vernehmen, die die Effek-



Foto:
Martin Link, Bil'lin Juni 2008

tivität der Hilfsgelder in Frage stellen und dafür plädieren, die Übernahme der Kosten durch Israel einzufordern. Ein erster Schritt in diese Richtung wurde mit der Gründung eines UN-Büros in Wien gemacht, das die durch den Bau der Mauer erfolgten Schäden dokumentiert. Auch die Palästinenser stoßen Kampagnen an, um auf ihr Recht auf Kompensationen für beschlagnahmtes Land hinzuweisen. Sollten sich Initiativen dieser Art mehrern, wird die Unterstützung für dieses Anliegen auch auf internationaler Ebene wachsen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis Israel mit der Forderung konfrontiert werden wird, Verantwortung für seine Verbrechen zu übernehmen und Ausgleichszahlungen zu tätigen.

Foto:
Martin Link, Kalandia Juni 2008

Worst-Case-Szenario

Bleiben all diese Schritte in Richtung einer verantwortungsvollen Politik gegenüber den Palästinensern und eines ernst zu nehmenden Ausgleichs aus, werden wir mit folgendem Worst-Case-Szenario konfrontiert werden: Frustrierte Geldgeber stellen ihre finanziellen Hilfen ein und Israel setzt seine derzeitige Politik unverändert fort. Eine Hungersnot nicht abschätzbaren Ausmaßes unter den Palästinensern würde folgen und eine ganze Generation von Palästinensern würde nachhaltige Schäden davon tragen, von denen sie sich vermutlich nie erholen würde. Zudem hätte dies sicherlich internationale Sanktionen und in Israel eine innenpolitische Krise zur Folge.

Um eine solche Eskalation zu verhindern, muss eine Strategie entwickelt werden, die sich dem Widerstand verschreibt und versucht, einem solchen Worst-Case-Szenario entgegenzuwirken. Es muss internationale Unterstützung mobilisiert werden, um Israel für seine Verbrechen zur Verantwortung zu ziehen. Israelischen Führungskräfte muss klar gemacht werden, dass jeder Übergriff auf Palästinenser seinen Preis hat. Die Geldgeber wiederum müssen betonen, dass ihre Hilfe Israel nicht von seinen Verpflichtungen befreit und dass es aus völkerrechtlicher Sicht allein dem israelischen Staat obliegt, die Palästinenser für verursachte Schäden zu kompensieren – auch wenn ein Teil der Hilfe schon von internationalen Geldgebern geleistet worden ist.

Kompensationszahlungen würden Israel an die Grenzen der Solvenz bringen

Die traurige Wahrheit ist, dass Israel nicht einmal hypothetisch dazu in der Lage wäre, seine Schulden zu tilgen, die sich während der vergangenen vierzig Besatzungsjahren gegenüber Palästinensern in Gaza, Westjordanland und den Flüchtlingen, die außerhalb der palästinensischen Gebiete leben, akkumuliert haben. Obwohl keine genauen Zahlen vorliegen, belaufen sich die Schulden mittlerweile zweifelsohne auf einen Betrag, den zu zahlen Israel nicht in der Lage wäre. Und auch die internationale Gemeinschaft wird kaum bereit sein, Israel beim Tilgen seiner Schulden zur Seite zu stehen – auch nicht die USA.

Der einzige Ausweg aus dem Dilemma (Notwendigkeit von Ausgleichszahlungen einerseits und die Abwendung eines Zusammenbruches der israelischen Wirtschaft andererseits) ist die Gründung einer demokratisch gewählten Institution, die sich der Kompensationszahlungen und deren Zahlungsraten annimmt. Diese Institution müsste sowohl für die israelische als auch für die palästinensische Bevölkerung repräsentativ sein – denn finanzielle Gerechtigkeit kann nur dann nachhaltig sein, wenn beide Konfliktparteien beteiligt und repräsentiert sind.

